

Ausland.

Chefminister-Angang. Der Kaiser, welcher am Sonntag früh von Pola wieder in Wien eingetroffen war, empfing mittags 1 Uhr im kaiserlichen Schloß den Grafen Rumolt in längerer Audienz. Um 5 Uhr traf der Kaiser in der Hofburg ein, empfing den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und den Minister a. i. d. A. Baron Jozsa in Audienz und schied darauf nach Schloß Rax zurück. Der Kaiser hat noch keine Entscheidung über die ihm vom ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy unterbreiteten Vor schläge getroffen. Baron Banffy reiste abends nach Budapest zurück. — Wie die „Budapester Korrespondenz“ meldet, ersetzte Ministerpräsident Baron Banffy den Kaiser in der ihm bewilligten Audienz Bericht über die politische Lage. Der Kaiser habe sich die Entscheidung vorbehalten und die Verantwortung der Interessierten erfahre daraus einen Aufschub.

Frankreich. Bei einem ihm zu Ehren von dem Comité der Ausstellung am Sonnabend in Bordeaux veranstalteten Bankette hielt der Ministerpräsident Ribot eine Rede. Mit Bezug auf die auswärtige Politik führte er aus, Frankreich habe trotz seines Rückzuges in Madagascar nicht zugehen können, sich den anderen Großmächten anzuschließen, um die Frage der europäischen Interessen in seiner Mitte zu ordnen. Ein Land wie Frankreich komme in jeder derartigen Frage nicht selbst herein; es müsse sich selbst gegenüber zeigen, daß eine Demokratie einflußlos sei, eine auswärtige Politik zu haben und sie mit der wichtigsten Festigkeit und Nachdruck durchzuführen. (Beifall.) Die Rede, welche Frankreich mit Ausblick auf 1891 verknüpfen, seien gefällig worden. Ribot besprach ferner die Verträge betreffend die Finanzreform, welche in der nächsten Session eingebracht werden sollen und erklärte, daß das Budget für 1895 mittels einer Steuererhöhung um 50 Millionen erwirtschaftet werden müsse. Die Regierung habe sich einem Einnahme-Manko von 33 Millionen Franken gegenüber gesehen; sie denke, um dem zu begegnen, einen Teil der Mittel vorweg zu verwenden, welche die Erbschaftsteuer liefern werde, eine abgibtliche Dienststeuer einzuführen, sowie die fremden Werte Abgaben zu unterwerfen, welche mehr als bisher mit den auf die einheimischen Werte gelegten in Einklang stehen. Der Volkswohlstand, sagte der Redner hinzu, sei nicht erhöht. Bestimmte Zeichen deuteten auf einen Aufschwung der Wirtschaft hin. Ribot schloß mit einem Hinweis darauf, daß die Sozialisten keinen einzigen Vorschlag zu praktischen Reformen aus Licht gebracht hätten. (Anhaltender Beifall.) Vor dem Gebäude versuchten die Sozialisten bei der Abfahrt des Ministers zu demonstrieren, die Polizei schritt indes sofort ein und verhaftete gegen 20 Personen.

Der kriegsmittler General Ruridon begab sich am Sonntag vormittag zur Einweisung der niederländischen Militär- und zivilen Schulen nach Lyon. Der Minister wurde mit Hochrufen auf die Armeen und die Republik empfangen; bei der Uebernahme des Gebäudes hielt er eine Ansprache, in der er ansprach, die medizinische Schule in Lyon stelle einen der schönsten der Welt dar; Frankreich müsse die Organisation der Schulen, die der Zukunft entgegenzusehen und seine große Aufgabe in Sicherheit und Frieden verfolgen.

England. Lord Rosebery schiffte sich am Bord der „Arcturion“, „Enchanté“ ein. Die Nacht wird im Normaltempo zugehen.

Italien. Ein Schreiben Rudini's an seine politischen Freunde enthält dessen Programm für die Reformen der öffentlichen Verwaltung. In demselben spricht sich Rudini gegen eine Reform mittels legislativer Decrete aus und erklärt, es werde Sache der Kammer sein zu prüfen, ob Civilisten nicht vor dem obersten Gerichtshof konstituierte Senate zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das Schreiben schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens auf den Sieg der Demokration.

Der „Oberator Romano“ veröffentlicht ein kurzes, an alle Gläubigen gerichtetes Schreiben, in welchem der Papst dieselben ermahnt, während der neunzigsten Annahme und der Fingulose des heiligen Geistes in besonderen Gebeten zu bitten, vollkommene Eintracht unter allen Katholiken und die Blässe der Dissidenten zum katholischen Glauben herbeizuführen.

Schweden. Die zweite Kammer nahm am Sonnabend mit 14 gegen 10 Stimmen den Kompromiß-Antrag des Auschusses, betreffend den schwedisch-norwegischen Handelsvertrag an, wovon dieser vor dem 1. August gekündigt werden soll. Die Regierung soll in Unterhandlung mit Norwegen treten behufs eines neuen Vertrages, für welchen ein zeitlicher Gehalt von dem nächsten Reichstage vorgelegt werden soll. In der ersten Kammer kam es nicht zur Abstimmung darüber.

Rumänien. Die Kammer nahm mit 74 gegen 12 Stimmen den vom Senate bereits votierten Gehaltentwurf an, wodurch das Wahlrecht dahin abgeändert wird, daß bei Wahlen bezugene Gewalthaltigkeiten, welche bisher als politische Delikte galten, vor das Justizkollegium verwiesen werden. Der Minister des Inneren verheißte den Gehaltentwurf und wies darauf hin, daß Unruhmisset bei Wahlen bisher straflos blieben. Sodann genehmigte die Kammer das französisch-rumänische Martensschiedverkommen. Hierzu wurde das Parlament mit einer Adresse geschlossen, in welcher demselben für seine ersprießliche Thätigkeit Dank gesagt wird.

Serbien. Die Königin Natalie empfing am Sonnabend die Mitglieder der Regierung in Audienz. Aus allen Landesteilen gegen die Königin zahlreiche Glückwunschkartelegramme.

Die über Czernowitz verbreiteten Attentatsgerüchte sind der „Aloja“ zufolge darauf zurückzuführen, daß Milan in der Silbergalerie in Venedig mit einem Selbstvermittler, dem er Provisionen schaden soll, einen Zusammenstoß hatte.

Kuba. Nach einer Depesche aus Havanna wird das Eintreffen mehrerer verdächtiger Fahrzeuge in der Nähe von Santiago gemeldet, dieselben werden streng überwacht; man glaubt, daß sich Verhaftungen für die Aufständigen an Bord derselben befinden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 11. Mai, 12 Uhr.

Der Geselz-Kontour, betr. die Abänderung der Uebersichtskarten in den Privatbesitz der Kleinrentner, wird in dritter Lesung nach unbedenklicher Debatte genehmigt, desgl. in dritter Lesung der Geselz-Kontour, betr. die Abänderung der Bestimmungen des Gesetzes vom 24. März 1879 und des Gesetzes vom 12. März 1889, betr. die Aufhebung gerichtlicher Erbverordnungen.

Es folgt die erste Verlesung des Entwurfes eines Jagdsteuergesetzes.

Abg. Imwalle (Chr.) empfiehlt Ueberweisung an die am 7. März d. J. verfaßte Agrar-Kommission, die Erhebung der Jagdsteuereinnahme auf 20 Mrk. sei durchaus gerechtfertigt. Nebst andern äußert er wenige Bedenken, die ihn zu seinem Antrag auf Kommissionsüberweisung veranlassen. **Landwirtschaftlicher Minister Fehr v. Hammerstein:** Das Gesetz soll vor allem die Interessen der Kleinrentner einfließen lassen. Es ist demnach, daß gerade die Provinz Hannover, welche schon ein für die Kommission sehr günstiges Jagdgesetz hat, auf ein neues gebunden hat. Die Erhebung der Jagdsteuereinnahme muß wie bisher den Kreisrentner und den ihnen gleichstehenden Renten überlassen bleiben. Sollte nach mancher Richtung hin durch das Gesetz eine Einschränkung eintreten, so dürfte das sein Unglück sein. Minderer kleine Landrentner, mander kleine Geschäftsmann geht zu Grunde, weil er dem Jagdbesitzer in einer sein Geschäft lähmenden Weise schadet. Gelegenheitsjäger, wie Rentner, die z. B. aus und zu einer Freizeitspende werden, von der hohen Steuer nicht betroffen, indem sie sich nur ein billiges Jagdgesetz leisten können. Mit Kommissionsüberweisung kann ich mich einverstanden erklären.

Abg. Busch (Luis.) bemerkt, über die Höhe der Jagdsteuer und andere Punkte werde sich die Kommission einigen; doch sei schon jetzt zu erwägen, daß die innerlich bedeutende Erhöhung der Steuer, indem sie die Kleinrentner in sehr schwerer und ungerecht trifft. Auch seien Jäger und Jagdschäfer, die nur von der Steuer befreit sein sollen, wenn sie in ihrem Distrikt jagen, von der Steuer auszunehmen, wenn sie alle Fälle anderswo an einer Jagd teilnehmen. Redner empfiehlt Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Noelle (Chr.) wünscht eine Fortsetzung des Vorredners bei der Erhebung der Jagdsteuer auf 14 Mitglieder genügen. Die Erhebung auf 20 Mrk. ist viel zu bedeutend und werde allen Jagdbesitzern und manchen Kommunen schwer empfunden werden. Auch würde es vielleicht empfehlenswerth sein, noch besondere Rentner und Privatbesitzer einzuschließen, um den Jagdbesitzern für eine geringere Steuer, vielleicht 10 Mrk., zu gewähren.

Abg. v. Wille-Wandbeck (freil.) teilt diesen Gedanken mit und empfiehlt den Antrag Imwalle auf Ueberweisung an die um 7 Mitglieder verfaßte Agrar-Kommission.

Abg. Krich (Chr.) wünscht eine Fortsetzung der Bestimmungen über Gewandlung und Erhebung des Jagdsteuers.

Abg. v. Woma (freil.) wünscht u. a. eine Erhebung der Jagdsteuereinnahme für die Provinz auf 20 Mrk.

Nachdem sich noch die **Abg. Schwarze (Chr.)** und **Dr. Martens** zur Sache geäußert, wird der Entwurf an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zur Prüfung und Fortsetzung der Bestimmungen über Gewandlung und Erhebung des Jagdsteuers überwiesen. **Abg. v. Woma (freil.)** wünscht u. a. eine Erhebung der Jagdsteuereinnahme für die Provinz auf 20 Mrk.

Abg. Jürgensen (nl.) begründet seinen Antrag. Minderer kleine Rentner, mander kleine Geschäftsmann geht zu Grunde, weil er dem Jagdbesitzer in einer sein Geschäft lähmenden Weise schadet. Gelegenheitsjäger, wie Rentner, die z. B. aus und zu einer Freizeitspende werden, von der hohen Steuer nicht betroffen, indem sie sich nur ein billiges Jagdgesetz leisten können. Mit Kommissionsüberweisung kann ich mich einverstanden erklären.

Abg. Dr. Sattler (nl.) erachtet, der Antrag solle einer Zahl von Grundbesitzern auf Kosten des Senates Vergünstigungen gewähren; auch rechtlich sei der Antrag nicht zu begründen. Es sei doch ganz klar, daß, wo jetzt keine Grundsteuer mehr gezahlt werde, der Anspruch auf diejenige Grundsteuer auszuüben habe; die Entschädigung sei, doch eben nur gezahlt worden, um den Privatbesitzern das Jagen der Grundsteuer zu erleichtern. Die Darlegung, die Grundsteuer sei nicht aufgehoben, sondern werde jetzt, wenn auch in geringer Höhe, von den Gemeinden erhoben, ist ein Vorwand. (Widerpruch rechts.) Der Antrag sei geeignet, der Sozialdemokratie ein neues Agitationsmittel in die Hand zu geben.

Abg. v. Siedow (kon.) erklärt, dem Antrag hinsichtlich der Jagdsteuereinnahme (Rechtsfreil.) Gr. Redner, habe i. B. nichts gegen die Einführung der Jagdsteuereinnahme einzuwenden, weil er damals der „Preussischen Zeitung“ geäußert habe (Große Debatte), die ihm damals mit einem sehr schönen landwirtschaftlichen Artikel imponiert habe. Jetzt sei er aber anderer Meinung geworden. Der Staatsrat bringe ein sehr schönes Jagdgesetz ohne Vorbehalt. Redner beantragt Ueberweisung an die Budget-Kommission.

Abg. Imwalle (Chr.) wendet sich gegen den Antrag Jürgensen, der um 10 unangebracht sei, als das Gesetz noch gar nicht in Kraft getreten sei (Widerpruch), d. h. wohl in Kraft, aber noch nicht in Wirksamkeit. Der Antrag habe den Rechtsbewußtsein des gemeinen Volkes entgegen. Redner wünscht Ueberweisung an eine besondere Kommission.

Finanzminister Dr. Mügel: Ich kann jetzt noch nicht die Stellung der Regierung zu dem Antrag klar erklären; die Stellung erst schriftlich werden können nach Annahme des Antrages, dann hat der Herr Vorredner entschieden recht: Es ist möglich, daß jetzt ein Antrag in Kraft getreten ist, doch wird nach sachlich noch nicht in rechte Wirksamkeit getreten ist. Der Antrag hat für und wider. Ob das Rechtsbewußtsein des Volkes auf Seiten der Bewürworter des Antrages ist, kann immerhin, wie der Herr Vorredner bemerkt, bemerkt werden; auch würde die Rücksichtspflicht die Jäger nicht ausgeschlossen, werden, wenn ein bedenklicher Vorredner die Sache nicht so entschieden in sich lösen wollen. Die fahrlässig-herbeiführen, größten Grundbesitzer werden sich am wenigsten zu beklagen haben; denn die Steuer fällt schwerer von der Doppelgrundbesitzer aus Staat und Kommune betroffen. Ich wiederhole den Wunsch, jetzt noch gar nicht recht, wie hoch die Jagdsteuereinnahme sein soll, und ich bin nicht bereit, mich über das, was seine Ergebnisse geübt hat, nicht schon mit Unüberlegungen zu fassen. Der Antrag ist unbedenklich vertrieht.

Abg. Hansen (sl.) hält den Antrag gerade besonders für im Interesse Jagdsteuereinnahme geteilt und beantragt Ueberweisung an eine besondere Kommission von 24 Mitgliedern.

Abg. v. Siedow (kon.) wünscht eine Fortsetzung der Bestimmungen über Gewandlung und Erhebung des Jagdsteuers.

Abg. v. Siedow (kon.) wünscht u. a. eine Erhebung der Jagdsteuereinnahme für die Provinz auf 20 Mrk.

Abg. v. Siedow (kon.) wünscht u. a. eine Erhebung der Jagdsteuereinnahme für die Provinz auf 20 Mrk.

punkte seines Parteigenossen Sattler; Der Reichsminister hat die Verantwortung seiner Kritik nicht zu übernehmen. Wenn er, Redner, auch nicht ganz mit dem, was er auszusprechen, wenn die Sache er gegen eine eingehende Kommissionsberatung nicht zuzulassen.

Minister Dr. Mügel bemerkt nochmals, daß innerhalb des Staatsministeriums noch keine diesbezügliche Beschlüsse gefaßt worden. Das Ministerium werde sich entscheiden, wenn die Sache im Reichstag abgehandelt sein werde (Große Debatte), an genommen sei **Wieder**.

Abg. Dr. Sattler verteidigt sich gegen die Angriffe des Abg. v. Siedow und Wille.

Abg. Fehr v. Hammerstein polemisiert gegen die „Preussische Zeitung“. Minister Dr. Mügel ist in einem Bericht, betitelt „Die Bedeutung der Jagdsteuereinnahme“ in dem „Preussischen Zeitung“ erschienen. Minister Dr. Mügel ist in einem Bericht, betitelt „Die Bedeutung der Jagdsteuereinnahme“ in dem „Preussischen Zeitung“ erschienen.

Der Minister Dr. Mügel ist in einem Bericht, betitelt „Die Bedeutung der Jagdsteuereinnahme“ in dem „Preussischen Zeitung“ erschienen.

Parteiung der Freisinnigen Vereinigung.
S. Berlin, 11. Mai.
Unter Mitwirkung von etwa 100 Mitgliedern und Delegierten trat heute abend im großen Saale des „Asterhof“ die erste ordentliche Generalversammlung des „Vereins der Freisinnigen“ zusammen. Der Vorsitzende des „Vereins der Freisinnigen“ Direktor Sattler-Berlin, eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Rückblick auf die gegenwärtige politische Lage und die Ziele und Bestrebungen des „Vereins“. In Deutschland fehle die politische Ueberzeugung. Man habe sich zu lange daran gewöhnt, die einen als Ueberzeugung, die anderen aus Furcht zu unterwerfen — einen großen Mann zu folgen. Deshalb sei es nötig, den liberalen Gedanken zu pflanzen und zu allen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen. Man dürfe sich in der politischen Ueberzeugung nicht durch Parteien binden lassen, sondern müsse alle Fragen mit cooler Mäßigkeit prüfen. Redner schloß mit dem Wunsch, die Ergebnisse der Versammlung zu einem guten Abschluß für den „Verein“ zu werden.

Bei der Konstituierung der Versammlung wurden Direktor Sattler zum ersten, Oberbürgermeister Dr. Fehr v. Hammerstein zum zweiten, Dr. Fehr v. Hammerstein zum dritten und Dr. Sattler zum vierten Vorsitzenden, Dr. Fehr v. Hammerstein zum fünften, Dr. Sattler zum sechsten und Dr. Fehr v. Hammerstein zum siebten Vorsitzenden gewählt.

Der bisherige Abgeordnete Direktor Fehr v. Hammerstein gab als Vorstand des Reichstagesbericht über die Geschichte des „Vereins“, der widerprüchlich die Zustimmung der Versammlung fand. Zum folgenden Punkte der Tagesordnung: „Besprechung über die allgemeine politische Lage“ erhielt als erster Redner Reichstagsabgeordneter Dr. Fehr v. Hammerstein, der anderen aus Furcht der Reichstagsabgeordneten Dr. Fehr v. Hammerstein in der Sitzung vom 18. März 1893 in sachlicher Uebersicht über die Lage der Dinge und eine weit entferntere Thätigkeit erfüllt hatte, als ursprünglich beabsichtigt war. Sodann geht der Redner auf die Ausbreitung des „Vereins“ ein und stellt fest, daß der „Verein“ in Hannover, wo die Mitglieder in längerer Zeit agitierten, die meisten Mitglieder vorhanden seien; dann folgten die Mark und Schlesien. Im Hinblick an die Mittheilungen kommt der Redner auf die Umfassungslage zu sprechen, die heute ein eben so schlechtes als unzureichendes Ende gefunden habe, und zwar unter Zustimmung der Regierung an der Regierung. Der „Verein“ habe immer noch bereit zu sein, sich zu retten, was zu retten war. Dieser Vortrag einer so wichtigen Sache sei bezeichnend für die Bereitwilligkeit und Ungleichgültigkeit der Regierung. Trotzdem nimmt die Vorlage verschwindend viel, mühe man weiter auf der Hut sein. Wir würden nicht immer einen so glücklichen Zustimmungsstand haben, wenn wir nicht die Mittel der Regierung haben. (Beifall.) Kom liberalen Bürgerthum erwarte er, Redner, die Wahrung der berechtigten Interessen des Volkes. (Beifall.) So lange man nach Vollständigkeit verlange, so lange man sich „oben“ bemühe, die Vereins- und Verleumdungsarbeiten zu beschneiden, würde die Gefahr nicht behoben werden. Schließen Sie sich dem „Verein“ an, der die Interessen des Volkes zu vertreten, eine vollständige, liberale Regierung und ein organisiertes, liberales Bürgerthum (Beifall). Der nächste Redner, Reichstagsabg. Dr. Sattler, brachte folgende Resolution ein:

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umfassungslage zu Tage treten, sondern auch gerade aus der Regierung der Anzeichen der Absicht zu zeigen, die öffentliche Meinung zu unterwerfen, ist es die Pflicht der Freisinnigen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen.“

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umfassungslage zu Tage treten, sondern auch gerade aus der Regierung der Anzeichen der Absicht zu zeigen, die öffentliche Meinung zu unterwerfen, ist es die Pflicht der Freisinnigen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen.“

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umfassungslage zu Tage treten, sondern auch gerade aus der Regierung der Anzeichen der Absicht zu zeigen, die öffentliche Meinung zu unterwerfen, ist es die Pflicht der Freisinnigen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen.“

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umfassungslage zu Tage treten, sondern auch gerade aus der Regierung der Anzeichen der Absicht zu zeigen, die öffentliche Meinung zu unterwerfen, ist es die Pflicht der Freisinnigen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen.“

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umfassungslage zu Tage treten, sondern auch gerade aus der Regierung der Anzeichen der Absicht zu zeigen, die öffentliche Meinung zu unterwerfen, ist es die Pflicht der Freisinnigen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen, die öffentliche Meinung zu unterstützen.“

